Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 15.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 2.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Radlandversand monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamts der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Dt.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 2.50, v. auswärts M. 3.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagengebühr für die Gesamtauflage M. 12.— netto, für Teilauflage M. 15.— netto pro M. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 750. Schriftleitung und Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 569 — Montag, den 6. Dezember — 1920

Bucks Nachfolger: Buck

Sieg der Chemnitzer Parole für die Regierungsbildung

Die entscheidende Sitzung der Mehrheitssozialdemokraten.

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

△ Dresden, 5. Dezember.

Ueber die Frage der Regierungsbildung ist in der heutigen Sitzung der Mehrheitssozialdemokraten, an der Vertreter der neuen Landtagsfraktion und des Parteivorstandes teilnahmen, der entscheidende Beschluß gefaßt worden. Die Abmachungen, die am Donnerstag zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialdemokraten getroffen worden waren, haben, wie nicht anders zu erwarten war, Annahme gefunden, so daß nunmehr endgültig feststeht, daß Sachsen ein sozialistisches Kabinett bekommt. Allerdings hatte man mit einem starken Widerstand der Dresdner Richtung gerechnet, nachdem selbst Wirtschaftsminister Schwarz noch in der letzten Woche mehrmals entschieden erklärt hatte, daß ein Zusammengehen mit der U. S. P., die „das unehrlichste Spiel, das man sich vorstellen könne, triebe", völlig ausgeschlossen sei. Wer aber Herrn Schwarz kennt, wird sich nicht darüber wundern, daß er glatt umgefallen ist und sich in den Armen der Chemnitzer wiedergefunden hat. Auch Herr Buck und seine anderen Ministergenossen haben sich umstimmen lassen und werden mit der U. S. P. mit spielen, Herr Buck sogar als Ministerpräsident; denn es besteht die Absicht, ihn wieder als solchen aufzustellen. Dagegen wird der bisherige Minister des Innern Kühn Herrn Lipinski Platz machen, der auch der Stellvertreter des Ministerpräsidenten sein wird. Auch der bisherige Arbeitsminister Heldt, dem das „Geschick" des Herrn Schwarz abgeht, dürfte nicht wiederkommen.

Die U. S. P. wird, wie wir bereits mitgeteilt haben, drei Ministersitze erhalten; im einzelnen stehen die anderen Ministerkandidaten aber noch nicht fest. Ein orakeln darüber wäre also überflüssig, zumal eine Namensnennung in einem bürgerlichen Blatt die Chancen eines Kandidaten leicht verderben und so eine Aenderung herbeiführen kann. Morgen werden noch die Unabhängigen zu einer Beratung zusammentreten, an dem Ergebnis der heutigen Mehrheitskonferenz aber wohl nichts mehr ändern, da diese in ihrer vollen Zufriedenheit gearbeitet haben dürfte. Die Besetzung der einzelnen Ministerposten ist natürlich mehr eine Formsache und wird deshalb voraussichtlich glatt erledigt werden.

Eine Kundgebung für Eupen-Malmedy und das Saargebiet

Eröffnung des Rheinischen Provinziallandtages.

(Drahtbericht.)

Düsseldorf, 5. Dezember.

Heute mittag wurde im Ständehaus zu Düsseldorf durch den Oberpräsidenten der Rheinische Provinziallandtag eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sagte der Oberpräsident u. a.: Wir gedenken heute unserer rheinischen Stammesbrüder aus den Kreisen Eupen und Malmedy, deren Vertreter wir bei den Verhandlungen des Landtages schmerzlich vermissen. Urdeutsches Land und urdeutsches Volk ist mit diesen beiden Kreisen einem fremden Staate zugeteilt worden. Wir werden unseren rheinischen Stammesgenossen die Treue halten und sind gewiß, daß auch sie ihrer deutschen Heimat eingedenk bleiben. Nicht minder teilnahmsvollen Gruß entbieten wir unseren Brüdern im Saargebiet, deren Schicksal gleichfalls auf lange Zeit hinaus fremden Händen überantwortet ist. Wir vertrauen fest, daß sie den Mut und die Kraft finden werden, dem furchtbaren Druck des Schicksals zu widerstehen, um nach Ablauf der Prüfungszeit dem deutschen Vaterlande, dessen ungetrenntes Glied sie bleiben, sich wieder anzuschließen, um seiner schätzenden und pflegenden Fürsorge wieder teilhaftig zu werden. Diese Worte des Oberpräsidenten wurden von dem Hause mit lautem Bravo aufgenommen.

Weiter wies Freiherr von Grothe auf die besonderen, außerordentlich schweren Lasten des besetzten Teiles der Rheinprovinz hin und sagte: Wir Rheinländer sind uns klar bewußt, daß der Zwangsvertrag von Versailles bis zur Grenze des Möglichen ausgeführt werden muß. Wir danken unseren braven Bergleuten, daß auch sie ihre letzte Kraft dafür einsetzen, um schlimmes Unheil abzuwenden. Wir sind uns ebenso klar bewußt, daß wir den Anordnungen der Besatzungsmächte uns zu fügen haben, und wir sind ehrlich bemüht, darnach zu handeln; aber niemand kann es uns verdenken, daß wir es nicht verstehen, warum diese Lasten so groß und dieser Zwang so hart sein muß, wenn sie nur dazu dienen sollen, die Ausführung des Friedensvertrages zu sichern. Der Provinziallandtag beweist, daß die Besatzungsgrenze keine Scheidelinie zu schaffen vermag, und wir werden als Bürger einer Provinz unsere Sorgen gemeinsam tragen.

Paris, 5. Dezember.

Dr. Dorten hat in Wiesbaden einem Mitarbeiter des „Temps" das Programm der Partikularistischen Allianz Dorten-Heinz-Graf Bothmer entwickelt. Dorten ist nicht Separatist. Er sagt, es handle sich auch nicht darum, die Pfalz und die Rheinlande vom Reiche abzutrennen und einen Pufferstaat daraus zu machen, sondern eine Republik zu schaffen, welche die beiden Rheinufer umfaßt sowie das Ruhrgebiet, das westliche Westfalen und das alte Großherzogtum Oldenburg, um dadurch dem neuen Staat einen Zugang zum Meere zu schaffen. Für Bayern wünscht Dorten einen König, für die Rheinlande kann er aber eine monarchistische Restauration nicht zulassen. Dorten beruft sich auf die Weimarer Verfassung, die vom August 1921 ab den deutschen Einzelstaaten freistellt, ihre Autonomie zu verlangen. Wenn Oberschlesien deutsch bleibt und autonom wird, so wird das für die Rheinlande und für Hannover ein Präzedenzfall sein. Dorten fügt hinzu, die Rheinlande wollten nichts davon wissen, daß Frankfurt zu ihrer Republik komme.

Bischof Dr. Franz Löbmann †.

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

△ Dresden, 5. Dezember.

Gestern abend ½10 Uhr ist der Bischof Dr. Franz Löbmann, der oberste katholische Geistliche Sachsens, im Alter von 64 Jahren verstorben.

Bischof Dr. Löbmann wurde am 15. Januar 1856 in Schirgiswalde geboren und am 15. Oktober 1877 zum Priester geweiht. Nachdem er die Laufbahn eines katholischen Priesters zurückgelegt hatte, wurde er 1887 zum Domschuldirektor in Bautzen ernannt, 1891 wurde er Seminardirektor und 1905 Kanonikus in Bautzen, später wurde er Oberschulrat. Am 5. November 1914 wurde er zum apostolischen Vikar von Sachsen ernannt und gleichzeitig zum Bischof geweiht.

Propaganda für ein Bündnis zwischen England und Frankreich

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 5. Dezember.

Die „Times" leiten durch eine Anzahl von Artikeln, so von dem bekannten Allifranzosen Pertinax, der im „Echo de Paris" schreibt, den Präsidenten der Handelskammer in Marseille und anderen, eine Kampagne für die Schließung eines formellen englisch-französischen Bündnisses unter Anknüpfung an die Rede des bisherigen englischen Botschafters in Paris Lord Derby ein, der ebenfalls den Wunsch nach einem engeren und formellen Zusammenschluß beider Länder vertrat.

Der liberale „Manchester Guardian" weist darauf hin, daß der noch immer nicht ratifizierte Dreibundvertrag, der 1919 in Paris während der Friedenskonferenz zwischen Amerika, England und Frankreich geschlossen wurde, lediglich ein Ersatz für den Völkerbund bilden sollte, bis er zu voller Kraft gediehen sei. Aber würde diese Auffassung in Frankreich vorherrschen, wenn eine Militärallianz mit England beschlossen würde? Jedermann wisse, daß das nicht so sei. Der Grund, warum Frankreich eine solche Allianz wünsche, sei der, daß Frankreich absolut dem Völkerbund mißtraue und die wirkliche und wesentliche Sicherung lediglich in den Grenzen, Rüstungen und Allianzen erblickt. Dafür solle man Frankreich nicht tadeln. Sein Standpunkt sei vielleicht unvermeidlich verschieden von denjenigen Nationen, die nicht auf der anderen Seite ihrer Grenzen ein Volk sehen, das möglicherweise von neuem in das eigene Land einbrechen könnte. Aber wohl müsse England sich überlegen, was eine Militärallianz mit Frankreich in Frankreich für eine Rolle spielen würde und was dies für England in sich schließen würde. „Manchester Guardian" setzt dann auseinander, daß mit einer derartigen Allianz das alte Spiel des Kampfes um das Gleichgewicht wieder beginnen würde, und auf der anderen Seite ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland, vielleicht zwischen Deutschland, Rußland und Japan herbeiführen würde. Der Völkerbund sei ebenfalls mit einer solchen Allianz erledigt. „Manchester Guardian" ist für Verständigung von Fall zu Fall. Aber, solange keine unmittelbare Gefahr drohe, müsse man mit der Sicherheit, die einfach eine gute Freundschaft gebe, sich begnügen.

Die „Daily Mail" hat Poincaré und Tardieu interviewt, und beide Herren haben sich enthusiastisch für das Derbysche Projekt ausgesprochen.

Man ist versucht, anzunehmen, daß Lord Derby seinen Botschafterposten in Paris verlassen hat, um ungestört Front gegen die Politik Lloyd Georges zu machen. Die ganze Angelegenheit gewinnt ihre besondere Bedeutung, wenn man sie im Zusammenhang mit der Ruhrfrage beurteilt. Eine willkürliche und außerhalb des Rechtsbodens erfolgende Besetzung des Ruhrgebietes, wie sie immer wieder gepredigt wird, und wie sie tatsächlich auf dem Programm der neuen Vaterlandspartei des nationalen Blocks steht, wird zweifellos von Lloyd George weder gebilligt noch mitgemacht werden, und sie wird nach Lloyd Georges Ansicht für die englisch-französischen Beziehungen niemals einen casus foederis bilden. In einem solchen Falle würde sich Frankreich Deutschland gegenüber allein befinden. Die Erklärungen, die der deutsche Außenminister Dr. Simons im besetzten Gebiet gemacht hat, dürften nicht ohne Zusammenhang mit dieser Sachlage erfolgt sein. Die Befürchtungen gewisser Pariser Kreise sind deshalb verständlich genug, und es handelt sich für diese Kreise darum, dieser Eventualität mit dem Abschluß einer neuen Allianz vorzubeugen. Denn die vor dem Kriege abgeschlossene Entente cordiale ist während des Krieges und durch den Krieg gegenstandslos und hinfällig, d. h. erfüllt worden.

Die Hilfsaktion für Armenien

(Drahtbericht.)

Genf, 5. Dezember.

Auf die Anfrage des Präsidenten des Rates des Völkerbundes an einer großen Hilfsaktion in Armenien teilzunehmen, hat die die norwegische Regierung geantwortet, daß sie wegen der entfernten Lage des Landes und der verwickelten Verhältnisse nicht imstande sei, an einer solchen Aktion teilzunehmen.

Die dänische Regierung sandte ein Telegramm an den Präsidenten, in dem es u. a. heißt: Die dänische Regierung unterzog den, in Ihrem Telegramm vom 25. November ausgesprochenen Gedanken einer genauen Prüfung. Die armenische Tragödie erfüllt alle dänischen Herzen mit Teilnahme. Die dänische Regierung würde deshalb auch glücklich sein, an der vorgeschlagenen humanitären Mission mitzuwirken, falls die verwickelte Lage und die unberechenbaren Schwierigkeiten bei der Durchführung einer Mission in einem so fernen Lande wie Armenien nicht die Kraft eines Landes überstiege, dessen Hilfsmittel an Menschen und Aktionsmitteln notwendigerweise beschränkt sind.

Die belgische Regierung erklärt ihre Bereitwilligkeit, jeden diplomatischen Akt zu unterstützen, der Armenien den Frieden sichern würde. Die belgische Regierung werde, um die vom Präsidenten Wilson übernommene Aufgabe zu erleichtern, ihren Vertreter in Konstantinopel beauftragen, sich zu erkundigen, auf welchem Wege das Vermittelungsangebot am sichersten zum Ziele gelangen könnte.

Der Ausschuß englischer Vereinigungen zur Unterstützung Armeniens stellt in einer Denkschrift an die Mitglieder der Völkerbundsversammlung Richtlinien für die Wahl eines Mandatstaates für Armenien und Bedingungen für die Handhabung des Mandates auf.

Einer drahtlosen Meldung aus Moskau zufolge, hat sich Armenien zur Republik erklärt.

Querschnitt

Von

Ehm Welk - Leipzig.

Am Dienstag tritt in Dresden der neue sächsische Landtag zusammen; vielleicht wird er schon am ersten Tag dem nicht allzu sehr gespannten Volke die neue Regierung präsentieren. An dieser Regierung interessiert weniger ihr rein sozialistischer Charakter, weniger die Art der Besetzung der Ministerien, sondern vielmehr der Umstand, daß 27 Mehrheitssozialisten wahrscheinlich nur ebenso viel Minister stellen, wie 13 Unabhängige. Es offenbart sich darin eine meisterhafte, parteitaktische Geschicklichkeit der alten Sozialdemokratie.

Wir wollen nicht mit den Kommunisten sagen, die Unabhängigen japsen nach den Sesseln. Hätten sie die Beteiligung nämlich abgelehnt, wäre der Vorwurf erhoben worden, sie scheuten die Verantwortung. Aber eine große Torheit haben sie begangen: sie forderten (wohl mehr in unbewußter Phrasenhaftigkeit als aus Ueberlegung) besonderen Einfluß in der Regierung. Die mehrheitssozialistischen Diplomaten, denen bei dieser Regierungsbildung nicht wohl zu Mute war, beeilten sich, an diesem Haken die ganze unabhängige Partei Sachsens aufzuhängen. Denn:

Diese Regierung muß in die Brüche gehen. Ihre Zweistimmenmehrheit wäre schon eine unsichere Stütze, wenn sie aus Mehrheitssozialisten oder Unabhängigen bestände. Hier aber besteht sie aus Kommunisten, die zwar Duldung und Unterstützung gelobt haben, jedoch nur unter Bedingungen. Und von diesen Bedingungen seien einige hierhergesetzt, um den Sandbau, der neue Regierung heißt, zu beleuchten:

Wenn die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen wird:

für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen,

für die ernsthafte Entwaffnung der Konterrevolution, der Orgesch und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums,

für die Schaffung ernsthafter Selbstschutzorganisationen des Proletariats,

für die sofortige Enteignung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe durch die Betriebsräte,

für Versorgung der Arbeitenden mit billigen Lebensmitteln auf Kosten der Besitzenden,

für Beschlagnahme aller überschüssigen Wohnräume der Reichen zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung,

für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe,

für die Verpflichtung der Gesamtunternehmerschaft, die Arbeitslosen in voller Lohnsätze zu unterstützen, so werden wir Kommunisten in der Durchführung dieser Maßnahmen sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen."

Jeder dieser Punkte genügt fast schon für sich, die Regierung zu stürzen, denn sie kann diese Forderungen nicht erfüllen, weil sie sofort in Konflikt mit dem Reiche käme. Möglich, daß die Kommunisten nicht schon diese Woche auf Verwirklichung dringen, lange aber werden sie nicht warten. Schon fürchtet die Berliner „Freiheit", ein Befehl aus Moskau könne die Dispositionen der sächsischen Kommunisten über den Haufen werfen, bevor noch die Regierung angefangen habe, zu arbeiten. Wir glauben, daß die Kommunisten klüger sind: sie werden die Regierung erst ein Weilchen wurmstein lassen und dann die Mine legen. Erfüllt die Regierung die Forderungen nicht, haben die Kommunisten den „Beweis", daß diese „Auchsozialisten" ernstlich nicht daran denken, Proletarierinteressen zu vertreten. Die Mehrheitssozialisten werden dabei nicht leiden, wohl aber die Unabhängigen — durch das Halbpartmachen bei der Aemterverteilung nehmen ihnen die Mehrheitssozialisten die Ausrede, der Einfluß der Unabhängigen in der Regierung habe nicht ausgereicht. Wir müßten die Kommunisten schlecht kennen, wenn sie nicht so rechneten. Diese Regierung ist ein Provisorium, und auch die Mehrheitssozialisten (mit Ausnahme vielleicht des Fellisch-Flügels) sehen sie für weiter nichts an. Da die Parteipolitik heute die Entschlüsse der alten Sozialdemokratie bestimmt, muß man die Vergeudung an Kraft und Zeit hinnehmen. Wenn sich in den letzten Wochen im Reiche eine gewisse Fühlungnahme aller sozialistischen Parteien bemerkbar machte, so ist das nicht die Wirkung eines Annäherungsgedankens, sondern der Effekt des Wettstürmens auf Popanze, die allen sozialistischen Parteien das Hirn beschatten: Monarchie, Hohenzollern, Militär (Orgesch).

*

Die Kommunisten, als die Herren der radikalen Phrase, sind den Sieffbrüdern natürlich verschiedene Längen voraus. Aber die andern müssen folgen, ob sie wollen, oder nicht. Die Seele des armen Proletariers (es gibt auch besitzende) darf nicht erwachen aus der Hypnose, in die sie versetzt wurde. Das Werk der Priester und Fanatiker wird heute fast nur noch von Scharlatanen ausgeübt; sie predigen nicht, sie schreien. Und um den Irregeführten, der das verheißene Paradies immer weiter entschwinden sieht, in der Betäubung zu erhalten, wird das Schreien wilder und wilder. Besorgt schauen die deutschen Kommunisten nach Rußland, ob nicht ein Stirnrunzeln ihre revolutionäre Energie kritisiere; besorgt äugen die Unabhängigen auf die Kommunisten und bemühen sich in Dingen, die mit Sozialismus nichts oder wenig zu tun haben, ihre ebenso radikale Gesinnung zu beweisen; besorgt sieht auch die alte Sozialdemokratie nach links und benutzt die billigen Mittel, den Blick des Proletariers von den Wirtschaftsproblemen abzulenken. Und vorläufig zieht die Methode auch noch: die Arbeiterschaft sieht in dem Kampf gegen Monarchie und Orgesch die erste Pflicht ihrer Führer und schenkt ihnen das Geständnis der Unmöglichkeit sozialistischen Wirtschaftsbetriebes.

Der kleine Dr. Levi, der Führer der deutschen Kommunisten, hatte in der „Roten Fahne" einen gewaltigen Artikel losgelassen